

# BILDUNG IST MEHRWERT!

TARIF- UND BESOLDUNGSRUNDE 2009



13.02.2009

Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen,

Heute streiken Lehrerinnen und Lehrer sowie pädagogische MitarbeiterInnen an den Schulen in Bremen und Bremerhaven. Auch Beamte und Beamtinnen sind aufgerufen.

Viele von Ihnen wissen aus eigener Erfahrung: Ein Streik hat nichts damit zu tun, dass man sich vor der Arbeit drücken will. **Ein Streik ist immer das letzte Mittel, wenn sich Arbeitgeber mit einer starren Haltung einer angemessenen Gehaltsforderung der Gewerkschaften verweigern.** Dies geschieht derzeit nicht nur in Bremen und Bremerhaven, sondern auch in fast allen anderen Bundesländern.



Die Beschäftigten der Länder fordern 8 Prozent, mindestens aber 200 Euro mehr Geld. Auszubildende sollen 120 Euro mehr erhalten. Das Tarifergebnis soll zeit- und inhaltsgleich auf diese übertragen und die Wiedereinführung der Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) vereinbart werden.

Die pädagogische Arbeit ist über die Jahre nicht leichter geworden. Aber: **Qualität hat auch ihren Preis.** Wer eine hochwertige Arbeit erwartet, und dies gilt im Bildungsbereich ganz besonders, muss auch für Zufriedenheit und eine angemessene Bezahlung bei den Beschäftigten sorgen.

Zwei Argumente werden uns immer entgegengehalten:

1. Das Land Bremen ist pleite. Nachdem Hunderte von Milliarden Euro zur „Rettung“ von Banken aufgebracht wurden, ist völlig klar: Das Geld ist da – es bedarf nur politischer Entscheidungen, um es an der richtigen Stelle, z.B. **in der Bildung**, einzusetzen.

2. Beamtinnen und Beamte müssen sich staatsreu verhalten. Schaut man sich in der **Europäischen Union** um, ist das Streikrecht für Beamte in vielen Ländern unumstritten (z.B. in Frankreich, Italien, Großbritannien, Spanien, Schweden, Finnland, Irland, Portugal, Griechenland). In Deutschland ist diese Frage politisch weiterhin umkämpft. Wir sagen: Auch Beamte sind ArbeitnehmerInnen, die für ihre Interessen eintreten können müssen. Diese Auffassung vertritt auch der europäische Gerichtshof.

Wir haben in dieser Situation alle Landesbeschäftigten zu einem Warnstreik aufgerufen. Wir wollen deutlich machen, dass **Bildung mehr Wert** ist, als viele Politiker ihr zugestehen. Wir setzen uns ein für attraktive pädagogische Berufe. Schon jetzt entscheiden sich viel zu wenig junge Menschen dafür, PädagogIn zu werden. Ein Personalmangel in diesen Berufen stellt die Zukunftsfähigkeit Bremens und Bremerhavens nachhaltig in Frage.

Mit herzlichen Grüßen, Christian Gloede-Noweck,  
Elke Baumann, Bernd Winkelmann

